

„Die Politik hat viel falsch gemacht“

Claudia Kemfert über die Liberalisierung des Energiemarktes, die Chancen der Atomenergie und darüber, wie man Wissenschaft verständlich macht

Sie ist das Gesicht der Klima- und Energie-debatte in Deutschland: Ob in Nachrichten oder Talkshows: Die Ökonomin Claudia Kemfert wird gefragt, wenn es um weniger CO₂ oder zu hohe Strompreise geht. Und sie scheut sich nicht, unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

In Ihrem Buch machen Sie zu Anfang eine Positionsbestimmung. Sie sagen: Wir stehen heute zwischen lustvoller Gegenwart und lebensbejahender Zukunft, zwischen Verzichtsstrategien und Egobrutalität. Wo steht Claudia Kemfert?

Claudia Kemfert: Genau da. Wer Verzicht predigt, lenkt die Diskussion in die falsche Richtung. Wir müssen nicht weniger, sondern anders, eben klimabewusst

ten Annahmen über die Entwicklungen der Zukunft elementar. Wir nehmen an, dass, wenn kaum Klimaschutz betrieben wird und sich somit die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 4,5 Grad Celsius erhöht, dann extreme Klimaereignisse, wie Extremniederschläge, Überflutungen, Dürren und Waldbrände aufgrund extremer Hitze, weiter zunehmen werden. All diese Extremereignisse verursachen volkswirtschaftliche Kosten. Dieser „Kostenkorridor“ – das heißt die mögliche Bandbreite an Kosten, die durch eben solche klimatischen Extremereignisse entstehen, ist das Ergebnis der Simulation anhand der computerunterstützten Modelle. Auf eben diese Weise berechnen wir auch die Kosten des Klimaschutzes, die

zu machen und würde auch das Uran knapp werden lassen. Dazu kommen das Unfallrisiko, die Terrorgefahr und das Endlagerproblem.

In Ihrem Buch kritisieren Sie die Subventionen für die Atomenergie. Subventionen für die Erneuerbaren Energien halten Sie dagegen für notwendig. Warum soll beispielsweise die Solarwirtschaft gefördert werden, die eine Umsatzrendite von 30 Prozent erzielt?

Kemfert: Es ist grundsätzlich eine Frage, ob man Subventionen befürwortet oder nicht. Deutschland hat in der Vergangenheit rund 40 Milliarden Euro Subventionen in die Atomenergie und 128 Milliarden Euro in die deutsche Steinkohle gesteckt. Zum Vergleich:

tion von vier großen Energiekonzernen hergestellt: Diese besitzen ebenso die Netze und können durch überhöhte Netzentgelte den Wettbewerb behindern, wie in einem jüngsten Verfahren der Bundesnetzagentur festgestellt wurde. Das würde ich nicht wirklich als Wettbewerb bezeichnen. Und ich würde nicht sagen, dass die Liberalisierung zu einem vollständigen Wettbewerb geführt hat, die Politik hat da viel falsch gemacht.

Das sagen die Unternehmen ja selbst.

Kemfert: Ist mir nicht bekannt, denn die Konzerne weisen immer nur darauf hin, dass es genügend Wettbewerb gibt – und immer gab. Sie sagen, dass der Staat der Preistreiber sei, nicht sie selbst.

Mehr als 80 Prozent des Stroms werden in Deutschland durch abgeschriebene Kohle- und Atomkraftwerke produziert – zu geringen Kosten. Den Verbrauchern wird aber der Börsenpreis in Rechnung gestellt. Dieser bildet sich anhand des so genannten Grenzkraftwerks – das teuerste Kraftwerk also. Eine europäische Börse wäre wichtig, an der alle Anbieter in Europa Strom und Gas handeln, das würde den Wettbewerb beleben und mögliche Marktverzerrungen minimieren. Der Gaspreis sollte sich auf dem Wettbewerbsmarkt frei entwickeln und die Ölpreisbindung abgeschafft werden.

Zur Ölpreisbindung schreiben Sie, in den 60er-Jahren sei es der politische Wille

$$\Delta \text{Kosten}_t = \alpha \cdot \beta \cdot (\Delta \text{Temp}_t \cdot \frac{Y_t^\gamma}{Y_0^\gamma}) + \text{AK}_t^\gamma$$

konsumieren: Ob Energiesparlampen, Öko-Strom oder regionale Lebensmittel – wichtig ist, dass wir uns für klimafreundliche Produkte entscheiden. Je früher die Konsumenten diese nachfragen, desto eher werden die Unternehmen sie anbieten. Und da nehme ich alle in die Pflicht, also die Politik, Verbraucher und Unternehmer.

Sie sind zu einem bekannten Gesicht in der medialen Energie- und Klimadiskussion geworden, das führt zu Kritik und Neid, auch unter Wissenschaftlern. Wie viel populäres Engagement verträgt Wissenschaft?

Kemfert: Eine Menge – da lohnt der Blick in die USA. Sicherlich ist die Wissenschaft viel komplexer als ein 14-Sekunden-Satz in der Tagesschau. Ich sehe es jedoch als eine Pflicht eines jeden Wissenschaftlers an, die wissenschaftlichen Fakten in allgemeinverständlicher Sprache zu vermitteln. Da wir hervorragende Forscher im Land haben, würde ich mir wünschen, dass der öffentliche Diskurs, genau wie in den USA, stärker gepflegt wird. Dass Neid entsteht, kann ich sogar verstehen. Zugegebenermaßen bin ich ja auch in einer komfortablen Position: Ich darf an einer ausgezeichneten Universität das unterrichten, was mir am meisten Spaß macht – zudem leite ich am DIW ein hervorragendes Team, wir beschäftigen uns mit den aktuellsten Fragen der Zeit. Und ich kann meine langjährigen Forschungsinteressen konstant weiter verfolgen. Ich verbinde wissenschaftliche Forschung mit aktiver Politikberatung. Viele suchen meinen Rat: angefangen von Landes- und Bundesministern bis hin zu EU-Präsident José Manuel Barroso. Das macht mir unglaublich viel Spaß, denn es ist mein absoluter Traumberuf. Da ist es ja klar, dass viele neidisch sind.

„Deutschland hat in der Vergangenheit rund 40 Milliarden Euro Subventionen in die Atomenergie und 128 Milliarden Euro in die deutsche Steinkohle gesteckt. Zum Vergleich: In die Erneuerbaren fließen derzeit 5 oder 6 Milliarden Euro im Jahr.“

In Ihrem Buch machen Sie die ganz übersichtliche und plakative Rechnung auf, dass die Menschheit für den Klimaschutz im Endeffekt weniger zahlen muss als für die Klimafolgen. Wie also berechnen Sie diese Kosten?

Kemfert: Wir erstellen computerunterstützte volkswirtschaftliche Modelle, die an Klimamodelle gekoppelt werden, mit denen wir dann die Zukunft simulieren. Dabei sind natürlich die gewähl-

deutlich niedriger sein können als die Kosten des Klimawandels. Die Kosten von technologischen Neuerungen, wie beispielsweise Erneuerbare Energien, Solarmobile oder Wasserstofftechniken, sind weitestgehend bekannt. Und: Die Kosten der heute vergleichsweise noch teuren Technologien sinken im Zeitablauf – wenn mehr nachgefragt wird.

Sie haben Zahlen genannt: In den nächsten 50 Jahren kostet uns der Klimaschutz 70 Cent pro Tag, das sind 250 Euro pro Jahr und Person. Wie kommen Sie auf diese Zahlen?

Kemfert: An den Energiebörsen, wo Unternehmen Emissionsrechte kaufen, kostet derzeit die Tonne Kohlendioxid 25 Euro. 850 Millionen Tonnen produzieren die Deutschen im Jahr. Das auf 82 Millionen Deutsche – vom Baby bis zum Rentner – runtergerechnet ergibt 70 Cent pro Person und Tag. Dieses Geld müsste man für den Klimaschutz und für klimabewussten Konsum ausgeben.

Aber was hilft uns das, wenn in China und Indien jede Woche Kohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von unter 30 Prozent ans Netz gehen?

Kemfert: Sicherlich, wir können aus Deutschland allein das Klima nicht retten, dazu müssen wir andere Länder mit an Bord bekommen. Ich glaube, dass der Schlüssel für einen effizienten Klimaschutz in der Klimaschutztechnologie liegt. Deutschland als Land der Ingenieure kann aber genau deshalb einen Wettbewerbsvorteil erzielen. CO₂-freie, sichere und bezahlbare Energien werden weltweit zu einem Absatzlager werden. Denn auch die Chinesen oder Inder wollen ja nicht unsere Fehler wiederholen. Die würden am liebsten effizientere Kohlekraftwerke bauen, am besten mit CO₂-Abscheidung, oder Solarmobile fahren – Techniken, die Umwelt und das Klima schützen. Selbst ohne Klimawandel wäre es ein volkswirtschaftlicher Vorteil, effizienter mit Energie umzugehen oder Alternativen parat zu haben, wenn irgendwann das Öl ausgeht. Deutschland kann davon nur profitieren.

Einen Technikvorteil hat Deutschland auch bei der Atomenergie. Die sprechen sich dafür aus, die deutschen Atomkraftwerke noch einige Jahre am Netz zu lassen. Warum und wie lange?

Kemfert: Sichere Kraftwerke könnte man durchaus 15 Jahre länger laufen lassen, wenn parallel in Erneuerbare Energien und Energieforschung investiert wird. Aber man sollte keine neuen bauen. Das Energieproblem wird die Atomkraft sicher nicht lösen, weil mehr als 80 Prozent unserer Energie aus Kohle, Öl und Gas kommt. Um den weltweiten Energiebedarf zu decken, müssten 1.400 neue Kraftwerke gebaut werden. Das ist finanziell und ökologisch nicht

Mit Formeln wie dieser berechnet Claudia Kemfert die möglichen ökonomischen Folgen des Klimawandels. Sie ist in ihrem Buch „Die andere Klima-Zukunft“ entnommen, das gerade im Murmann Verlag erschienen ist; 264 Seiten, 19,90 Euro. Erfrischend nüchtern und ohne Rücksicht auf Ideologien bringt Kemfert darin Licht in die Debatte um den Klimawandel.

In die Erneuerbaren fließen derzeit 5 oder 6 Milliarden Euro im Jahr. Das ist durchaus überschaubar.

Allein die Preissteigerungen zu Beginn des Jahres 2008 haben uns 19 Milliarden Euro gekostet – in einem Halbjahr! Es gibt Kollegen, die sagen: Wenn wir Klimaschutzziele formulieren, dann löst es der Markt von selbst. Nur leider sind eben diese globalen Ziele derzeit kaum durchsetzbar. Deshalb halte ich es durchaus für sinnvoll, dass man an unterschiedlichen Stellen beginnt, Klimaschutz zu betreiben. Allerdings ist die Förderung CO₂-freier und sicherer Energietechnologien wichtig, um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten und uns unabhängiger von Energieangebotschocks zu machen. Zudem werden Arbeitsplätze und Wettbewerbsvorteile geschaffen. Außerdem zielt das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf eine Senkung der Kosten ab – es sind also keine Dauersubventionen wie beispielsweise bei der deutschen Steinkohle. Die Windenergie und auch die Biomasse werden schon bald wettbewerbsfähig sein – insbesondere bei den derzeit steigenden Preisen für fossile Energien. Bei der Solarenergie, das gebe ich zu, hat man da einen sehr weiten Weg vor sich.

„Die Politik hat viel falsch gemacht: Sie hat es beispielsweise versäumt, eine Regulierungsbehörde einzurichten – die wichtigste Institution, wenn man die Märkte liberalisiert.“

In ihrem Buch propagieren Sie den Wechsel zu Ökostrom. Entsprechende Zertifikate wurden jüngst als Schwindel kritisiert. Wenn man in Deutschland Ökostrom bestelle, werde nirgendwo auf der Welt mehr Strom auf ökologische Weise produziert, heißt es. Was halten Sie von dieser Kritik?

Kemfert: Wichtig ist, dass der Zertifikatemarkt auch richtig funktioniert. Ein Stromversorger kauft zum Beispiel Zertifikate aus Norwegen, wo der Strom aus Wasserkraft hergestellt wurde – zertifizierter Ökostrom. Es muss sichergestellt werden, dass das Öko-Zertifikat dann aber nicht noch einmal in Norwegen verkauft werden darf. Grundsätzlich ist es egal, wo der Ökostrom produziert wird, wichtig ist, dass er produziert wird. Je höher die Nachfrage, desto mehr muss produziert werden.

In ihrem Buch folgen Sie ein wenig stereotyp den gängigen Vorwürfen an „die Energieunternehmen“, etwa bei der Frage der Subventionen. Täuscht der Eindruck?
Kemfert: Ja. Denn in Deutschland werden mehr als 80 Prozent der Stromproduk-

Von den MVV und den Stadtwerken München etwa können sie das durchaus hören. Dort sieht man sehr kritisch, was selbst unter der Regie der Wirtschaftsverbände gelaufen ist.

Kemfert: Ich rede von den vier großen.

Aber daneben gibt es noch 600 andere.

Kemfert: Wir haben in unseren Studien und Datenrecherchen festgestellt, dass

„Wenn mehr als 80 Prozent des Stroms von vier großen Konzernen produziert werden, die an der Börse gleichzeitig Anbieter und Nachfrager sind, ist es möglich, dass der Preis in die Höhe getrieben werden kann.“

mehr als 80 Prozent der Stromproduktion von eben den vier großen hergestellt wird: Diese sind als Mehr- oder auch Mindereigentümer an fast allen Konzernen oder Stadtwerken beteiligt. Die bloße Anzahl der Stadtwerke und Energiekonzerne ist also kein Anhaltspunkt für Wettbewerb.

Sie schreiben, als die Liberalisierung begann, habe die Politik tatenlos zugehört. Aber die Politik hat das Ganze initiiert, ist verantwortlich für das, was passiert ist. Warum schonen Sie die Politik so?

Kemfert: Nochmal: Die Politik hat zu dieser Zeit viel falsch gemacht: Sie hat es beispielsweise versäumt, eine Regulierungsbehörde einzurichten – die wichtigste Institution, wenn man die Märkte liberalisiert. Rot-Grün hat in der Tat viel falsch gemacht.

Die rot-grüne Regierung wollte die Börse.

Kemfert: Unter Rot-Grün wurden aber auch die Unternehmensfusionen genehmigt, sogar mit der Erlaubnis eines Ministers, der aus der Energiewirtschaft kam und wieder dorthin zurückging. Auch der ehemalige Bundeskanzler ist in die Energiewirtschaft gewechselt.

Eine Börse ist ja notwendig, wenn Strom gehandelt werden soll – dagegen kann und sollte sich niemand wehren. Wenn allerdings mehr als 80 Prozent des Stroms von vier großen Konzernen produziert wird, die an der Börse gleichzeitig Anbieter und Nachfrager sind, ist es möglich, dass durch Angebotszurückhaltung der Preis in die Höhe getrieben werden kann.

Aber so funktioniert Börse nun einmal.

Was soll man also tun? Sie abschaffen?

Kemfert: Nein, die Börse an sich ist doch nicht falsch, nur die Tatsache, dass zu wenige Konzerne dort handeln – im Übrigen werden ja nur 17 Prozent des gehandelten Stroms an der Börse gehandelt, der Rest durch bilaterale Verträge.

gewesen, dass sich Öl und Gas keine Konkurrenz machen. Die Begründung der Energieunternehmen lautete dagegen: Um Investitionen zu sichern, brauchte man eine langfristige Abnahmegarantie.

Kemfert: In den 60er-Jahren, als man die Ölpreisbindung festgelegt hat, hat dies auch Sinn gemacht: Man brauchte langfristige gesicherte Investitionen, um die Infrastruktur – die Pipelines – auszubauen. Zudem wollte man vermeiden, dass das Gas als billiges Konkurrenzprodukt zum Öl entsteht. Heute wollen wir Wettbewerb – auch wenn dieser aufgrund des Angebots-Oligopols schwer zu erreichen ist. Dennoch: Öl ist knapper als Gas. Zwar wird die Nachfrage nach Gas weiter steigen, die Reserven reichen aber viel länger als die von Öl. Ich plädiere für Marktpreise. Allerdings sind Marktpreise nicht automatisch die Garantie für immer billige Preise – sie können mehr schwanken. Der Ölpreis wird die „Leitwährung“ bleiben, dennoch wäre es sinnvoll, wenn man Wettbewerb will und ernst nimmt, dass man auch Marktpreise zulässt.

Das Interview für Uptown führten Astrid Hackenesh-Rump und Frank Radtke.

6 Hören Sie mehr von Claudia Kemfert im Internet auf www.uptown-online.de

Zur Person



Claudia Kemfert leitet die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und hat einen Lehrstuhl für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität Berlin inne. Kemferts Forschungstätigkeit beschäftigt sich mit der Bewertung von ökonomischen Auswirkungen der Klima-, Energie- und Verkehrspolitik.